

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	499
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	799/2017
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	17.10.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:	der Vorsitzende		
Protokollführung:	Frau Westhaus-Gloël / pö		
Betreff:	Haushaltspaket Grüne Infrastruktur für Stuttgart		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 06.10.2017, GR Drs 799/2017. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

OB Kuhn bemerkt einleitend, Städte benötigen nicht nur eine Straßeninfrastruktur oder eine Bildungsinfrastruktur, sondern auch eine Grüne Infrastruktur, die eine Bedeutung habe für die Lebensqualität und die Luftqualität, auch weil die Städte im Sommer durch die Klimaerwärmung immer heißer würden. Eine Grüne Infrastruktur dürfe nicht in Inseln zerfallen, sondern müsse systematisch das Grün mit entsprechenden Maßnahmen miteinander verbinden.

Im Unterschied zum letzten Doppelhaushalt werde in dem diesjährigen Haushaltspaket ein deutlicher Schwerpunkt auf Instandhaltung und Pflege und Erneuerung der bestehenden Grünflächen und Parks gelegt. Das Programm Neues Grün - im Sinne der 1000 Bäume vom letzten Doppelhaushalt - werde fortgesetzt. Auch an Stellen in der Stadt, wo es gar kein Grün gebe, sollten Bäume und Hecken gepflanzt und Beete und Gartenanlagen errichtet werden. Das Thema "Urban Gardening" sei, zusammen mit Fassadenbegrünung und Dachbegrünung, ein Zukunftsthema für die Stadt. Mit einem neuen Artenschutzkonzept sollten zwanzig Biotope entwickelt und vernetzt werden. Dazu gehöre auch die Fortsetzung des Programms zu den Trockenmauern. Teil des Haushaltspakets Grüne Infrastruktur sei auch die Erhöhung der Investitionspauschale Kinderspielplätze. Bisher seien jährlich 700.000 € bereitgestellt worden, der Gemeinderat ha-

be im letzten Doppelhaushalt um 200.000 € pro Jahr erhöht, und in der grünen Liste sei dieser Betrag nun verstetigt worden. Er habe nichts dagegen, wenn der Gemeinderat das für zu wenig halte.

StRin Bulle-Schmid (CDU) teilt mit, dass ihre Fraktion die Vorlage mittragen kann. Erfreulich sei, dass das Garten-, Friedhofs- und Forstamt endlich mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden solle, sowohl im Personalbereich als auch bei den Sachmitteln. Was die Investitionspauschale Kinderspielplätze angehe, werde ihre Fraktion den Antrag stellen, die Mittel noch mehr zu erhöhen. Weiter erkundigt sich die Stadträtin nach den in der Vorlage erwähnten temporären mobilen Grüninstallationen in Stadtteilzentren und auf frequentierten Plätzen. Sie wundert sich, dass laut Abschnitt 2.3 in der Vorlage "private oder halböffentliche Grünbereiche verstärkt öffentlich zugänglich gemacht" werden sollen, und bittet um Erklärung.

Eine "Herzensangelegenheit" sei ihrer Fraktion die Grüne Infrastruktur, die strategisch geplant werden müsse, betont StRin Schiener (90/GRÜNE). Zu weiteren Punkten verweist sie auf die Haushaltsplanberatungen.

StR Körner (SPD) erinnert an die Beratung der Mitteilungsvorlage GRDRs 98/2017 vom 21.06.2017, in der der Zustand der städtischen Grünflächen als erschreckend schlecht dargestellt worden sei. In den Bezirksbeiräten sei dies ebenfalls schon Thema gewesen. Seine Fraktion begrüße sehr, dass diese Aufgabe von der Stadt nun ernst genommen werde. Was aber nicht so bleiben könne, sei das unzureichende Niveau der Investitionspauschale Kinderspielplätze. Seine Fraktion beantrage daher, die Mittel auf 1,4 Mio. € pro Jahr zu erhöhen. Das entspreche im Übrigen dem einstimmigen Beschluss des Arbeitskreises Spielflächen im Juni 2017 und wäre nach Auskunft der Verwaltung in diesem Arbeitskreis auch umsetzbar.

In der Vorlage werde auch die Personalsituation angesprochen. Seine Fraktion habe im letzten Verwaltungsausschuss den Antrag gestellt, dass die Verwaltung darlegen soll, wie die Frage der Arbeitsmehrung grundsätzlich neu justiert werden können. Ein Mehr an Aufgaben in gravierendem Umfang müsse zu neuen Stellen führen.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) schließt sich inhaltlich den Vorrednern an und kündigt Anträge für die Haushaltsplanberatungen an, "um noch ein bisschen was drauf zu legen".

StR Zeeb (FW) zitiert aus der Vorlage (Seite 3): "Die Vergabe der meisten Pflagetätigkeiten an wechselnde Firmen kann die erforderliche Qualität nicht gewährleisten." Er regt an, die Vergaberichtlinien dahingehend zu überprüfen, ob die Vergabe an ortsansässige Firmen unter dem Qualitätsgesichtspunkt leichter möglich ist.

StR Brett (AfD) und StR Conz (FDP) verweisen auf die Haushaltsplanberatungen.

OB Kuhn betont, er gehe fest davon aus, dass die Stadt mit dem Programm Grüne Infrastruktur sichtbar grüner werde. Das alles könne aber nur umgesetzt werden, wenn neues Personal beim Garten-, Friedhofs- und Forstamt aufgebaut werde, wie in der Vorlage dargestellt. Wichtig sei ihm auch, dass die Vergaberichtlinien noch einmal überprüft würden. Es könne nicht sein, dass es für Firmen mit weit entferntem Sitz günstiger sei, Bäume nach einem Jahr neu zu pflanzen, als diese nach der Pflanzung in Trockenzeiten zu gießen. Das in der Vorlage erwähnte mobile Grün sei für Orte in der

Stadt geplant, wo zum Beispiel aufgrund von Leitungen keine Bäume gepflanzt werden könnten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat von der GRDRs 799/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / pö

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 4. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
 5. Referat T
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
 6. BVinnen Mitte, Nord, Ost,
BV Süd, West
 7. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö, Mühl, Mün,
Ob, P-B, Si, Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 8. Rechnungsprüfungsamt
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN